

Mehr Privatinteressen in der Bildung?

PRO Stiftungen sollten systematisch Einfluss nehmen auf bildungspolitische Entscheidungen. Ihre pädagogische und ihre Steuerkompetenz sind unverzichtbar, wenn man ernst macht mit dem neuen Gesellschaftsvertrag, sagt Heike Kahl.



Foto: dkjs.de

Ja, ganz eindeutig: Um die Bedingungen für Bildung zu verbessern und effektiver zu gestalten, braucht es privates, zivilgesellschaftliches Engagement. Die moderne Welt trennt weitgehend Lern- und Lebensverhältnisse – verstärkt wird diese Tendenz durch Arbeitsteilung und Spezialisierung. Wissens- und Kompetenzentwicklung muss aber als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen werden, die nicht an Zuständigkeitsgrenzen Halt macht. Dafür brauchen wir Impulse von außen. Zivilgesellschaftliches Engagement kann in diesem Prozess Motor und Moderator sein. Weil es – anders als staatliche Förderung – nicht Gerechtigkeitskriterien folgen muss, weil es statt Verwaltungskriterien Gestaltungsmaßstäbe anlegen kann.

Bildung ist öffentliche und damit Staatsaufgabe. Das scheint ein fest eingetragener Grundsatz zu sein. Und doch kann er nicht mehr eingelöst werden. Die finanziellen Ressourcen werden künftig für eine Bildung, die jedem einzelnen Kind individuelle Förderung bieten kann, nicht mehr ausreichen. Es bedarf zusätzlich der privaten Übernahme von Verantwortung für öffentliche Belange. So forderte erst kürzlich Ministerin von der Leyen einen Beitrag der Gesellschaft zur Förderung benachteiligter Kinder, „sonst kriegen wir die Probleme nicht in den Griff“ („Tagesspiegel“, 22.8.2010).

Viele Stiftungen sagen, privates Engagement dürfe nicht der Ausfallbürge für wegfallende staatliche Leistungen sein; von daher sollte sich ihr Engagement auf die Entwicklung von tragfähigen Modellen beschränken, für dessen Transfer staatliche Strukturen ►

HEIKE KAHL, 55, ist promovierte Germanistin, war in DDR-Zeiten Eisschnellläuferin und zwischen 1991 und 1993 Schulentwicklungsplanerin beim Berliner Senat. Sie ist Geschäftsführerin der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, Mitglied im Vorstand des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen und Mitglied im Beirat der RWE Stiftung.

KONTRA Die Bildungsprivatisierer werden die Probleme des deutschen Schulwesens nicht lösen – die soziale Spaltung, die hohe Anzahl an Bildungsverlierern bei nur durchschnittlicher Leistung des Bildungssystems, sagt Marianne Demmer.

Nein – nicht (noch) mehr Privatinitiative braucht das System, sondern (wieder) mehr verantwortlichen, kreativen Staat. Dabei gibt es Privatinitiative im Schulbereich seit jeher. Doch bis in die 90er Jahre hinein war es kein Thema von öffentlichem Interesse, dass der örtliche Gartenbaubetrieb bei der Schulhofgestaltung hilft oder das Handwerk vor Ort die Einrichtung von Werkstätten unterstützt. Reichlich unbeachtet war auch die immense Privatleistung, die ein überwiegend halbtags organisiertes Schulsystem den Müttern (oder Vätern) durch die nachmittägliche Hausaufgabenbetreuung abverlangt. Und nicht zu vergessen: das Engagement vieler Eltern in Fördervereinen.

In früheren Jahren hatte Privatinitiative an Schulen jedoch einen anderen Charakter als heute: Sie war oft „stimmig“, indem sie ins lokale Konzept passte. Sie war weniger auffällig und sichtbar. Wurde sie dominant oder kommerziell, galt sie als anrühig. Und: Sie war nicht eingebettet in einen zunehmenden Wirtschaftslobbyismus im Bildungswesen und in eine politische Entwicklung, die den Umfang der öffentlichen Daseinsvorsorge infrage stellt.

„Private: Bitte eintreten!“, heißt es heute. Die Türen sind aufgestoßen für Sponsoren, Stiftungen, Unternehmen oder Berater. Wie viel Raum und Verantwortung private Stiftungen und Konzerne im Schulwesen einnehmen, ist Ergebnis politischen Handelns, Entscheidens oder Nichtstuns. Der Trend, Schulen für Privatinitiative, für private Investitionen, ja auch für Werbung zu öffnen, nimmt seit einigen Jahren bedenklich zu. Ebenso der Gleichmut der Tatsache gegenüber, dass der Staat die Schule offenbar nicht mehr in ausreichendem Maße entwickelt und finanziert.

Heute legen manche Kommunen aus Finanznot die Erhaltung und Bewirtschaftung von Schulgebäuden gleich ganz in die Hände der Wirtschaft – in Form sogenannter Public Private Partnerships. Andere Dienstleistungen im öffentlichen Sektor – zum Beispiel Eva-



Foto: transle-berlin/v. Polentz

MARIANNE DEMMER, 63, ist gelernte Grund- und Hauptschullehrerin und stellvertretende Vorsitzende der GEW. Seit 1997 leitet sie den Vorstandsbereich Schulen.

uation, Beratung, Verwaltung – sind ein Zukunftsmarkt, der bereits seit einiger Zeit von verschiedenen Firmen, darunter auch einem Ableger des Bertelsmann-Konzerns, ins Visier genommen wird. Für diesen Markt wurden auch die Schulen entdeckt, die sich mittlerweile zunehmend als Kunden sehen – von Geschäftsfeldern wie Qualitätsentwicklung, Coaching von Schulleitern, Fortbildung von Lehrkräften, E-Learning sowie Unterrichtsmaterialien. Ein nicht unerheblicher Teil der schulischen Grundbildung – und damit auch der Chancengleichheit unter Schülerinnen und Schulen – ist also längst privater Natur.

Die steigende Bedeutung der (nicht-privatwirtschaftlichen) Zivilgesellschaft und der Rückzug staatlicher Verantwortung sind zwei Seiten einer Medaille. Wenn Stiftungen, Konzerne und Mäzene ihr Engagement begründen, ist von wirtschaftlichem Profit, unternehmerischem Kalkül oder politischen Interessen nichts zu verneh- ▶

► sorgen müssten. Warum eigentlich ist dieser Grundsatz so felsenfest und unverrückbar? Denn damit marginalisieren sich die Stiftungen selbst und verweigern sich einer breiteren Einflussnahme sowohl auf die bildungspolitische Kultur als auch auf bildungspolitische Entscheidungen. Auch von staatlicher Seite wird privates zivilgesellschaftliches Engagement gern auf das Ehrenamt reduziert oder als reiner Geldgeber gesehen, also von außen marginalisiert.

Die pädagogische und die Steuerkompetenz von Stiftungen, ihre Kreativkraft werden dagegen noch viel zu wenig systematisch in Anspruch genommen. Genau dies aber ist unverzichtbar, wenn man ernst macht mit dem neuen Gesellschaftsvertrag.

Um die Polarisierung zwischen zivilgesellschaftlichem und staatlichem Engagement aufzuheben, bedarf es gegenseitigen Vertrauens. Dann muss keiner unterstellen, dass Verwaltungen unflexibel sind und Stiftungen eigeninteressengeleitet und ohne demokratisches Mandat handeln. Es bedarf, insbesondere im Bereich der Bildung, eines überprüfbaren und im Konsens verabredeten Verhältnisses zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – und Stiftungen als einem ihrer vitalsten Teile.

Nur durch dialogische und systematisch gewollte Entwicklungsarbeit wird es gelingen, gegenseitige Vorbehalte und Misstrauen abzubauen, um eine kooperative Basis zu schaffen. Das schließt ein klares gegenseitiges Rollenverständnis ein und rechtliche Rahmenbedingungen, die Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich befördern. Derzeit laufen die Tendenzen – abnehmende finanzielle öffentliche Ressourcen und wachsende Bedeutung der Zivilgesellschaft – aufeinander zu.

Ganztagsschulen und Bildungslandschaften sind ein gutes Testfeld für alle, die Verantwortung für Bildung tragen – orientiert an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen. In guten Schulen gelingt es, Lernen und Leben, individuelle Förderung und die Kooperation mit vielfältigsten Partnern zu praktizieren – und damit Ausbildung und Identitätsbildung im besten Sinne zu verbinden. Wenn also Bildung nur im Zusammenspiel aller Akteure gelingen kann, wie sollte dieser Prozess dann ohne die Kraft, Vielfaltigkeit, Entwicklungs- und Moderationskompetenz der Zivilgesellschaft, besonders auch von Stiftungen, möglich sein? Deren privates Engagement ist oft genug sogar Voraussetzung, um die schwierigen Prozesse der Annäherung unterschiedlichster Partner in Gang zu setzen, zu moderieren, zu unterstützen. ■

MEHR INFORMATIONEN



Im Netz unter www.staat-und-stiftungen.de,
www.lebenswelt-schule.net oder
www.primarforscher.de

► men. Viele Stiftungen haben sogar einen explizit am Gemeinwohl orientierten Zweck. Dazu kommt: Viele der „innovativen“ Privatprojekte haben ein hohes qualitatives Niveau. Das macht es umso wichtiger, differenziert und genau hinzuschauen, zum Beispiel ob es Stiftungen wie Bertelsmann und Konzernen wie Microsoft wirklich ums Allgemeinwohl geht.

„Privat gleich besser“, heißt die Begleitmusik zu dieser Entwicklung. Wettbewerb und Qualität werden als Geschwister betrachtet, ohne dass dies im Einzelnen belegt werden würde. Dabei wäre genau das zu prüfen. Wettbewerb im Schulbereich ist kein gutes Instrument der Steuerung, dafür gibt es wissenschaftliche Belege. Im Gegenteil: Oft vertieft er noch soziale Schiefen. Ebenso wenig sind alle Privatschulen fortschrittlicher und leistungsstärker als die öffentlichen. Viele Privatschulen arbeiten ganz konventionell und schneiden nicht besser ab, sobald man die soziale Herkunft und die Zusammensetzung der Schülerschaft in Rechnung stellt.

Was in der Privatomanie oft verloren geht: Mittlerweile gehen viele Innovationen und Impulse von den öffentlichen Schulen aus. Dies zeigen die für den Deutschen Schulpreis nominierten Schulen eindrucksvoll. Vor allem zeigen sie, dass Qualität und Chancengleichheit, Leistung und individuelle Förderung keine Gegensätze sind, sondern zusammengehören. Bedeutender für die Chancen der Kinder ist nicht der Unterschied zwischen privat und öffentlich, sondern der zwischen Hauptschule und Gymnasium. Wir brauchen eine hohe Qualität aller Einrichtungen, eine breite Bildungsbeteiligung, gleiche Bildungschancen und eine gute Schule für alle Kinder. Und nicht zuletzt gute Lern- und Arbeitsbedingungen. Dies ist ohne eine Abkehr von der Selektion und ohne ein staatlich beaufsichtigtes und finanziertes Schulsystem in einem demokratischen Gemeinwesen nicht zu haben.

Gerade angesichts der aktuellen Debatte um die so notwendige Integration bin ich äußerst skeptisch gegenüber den Heilsversprechen der Bildungsprivatisierer. Denn sie werden die grundlegenden Probleme des deutschen Schulwesens nicht lösen: die soziale Spaltung, die hohe Anzahl an Bildungsverlierern bei gleichzeitig nur durchschnittlicher Leistung des Gesamtsystems. Ich will keiner respektablen Kooperation von Schulen und Privaten zu nahe treten. Aber was wir brauchen, ist nicht ein immer größerer Flickenteppich von Privatinitiativen, sondern mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Das können die Privaten nicht einlösen. ■

MEHR INFORMATIONEN



Die Privatisierungsreports erstellt im Auftrag der GEW – dabei der aktuellste über berufliche Bildung – finden Sie unter www.gew.de (Stichwort Privatisierungsreports eingeben).